

Kramer gegen Leitungsämter für Extremisten

Auftakt der Herbstsynode in Erfurt

Erfurt. Der Ausschluss von Mitgliedern extremistischer Parteien und Organisationen wie der AfD aus kirchlichen Leitungsämtern ist aus Sicht von Landesbischof Friedrich Kramer gut begründet. Diese Parteien stünden im Widerspruch zur Kirchenverfassung und zum Evangelium, erklärte Kramer zum Auftakt der Herbsttagung der Landessynode der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland (EKM). Die 80 Kirchenparlamentarier kommen bis Samstag in Erfurt zusammen.

Kramer betonte weiter, „mensenverachtende, fremdenfeindliche und antikirchliche Positionen vertragen sich nicht mit der Übernahme eines Amtes im Gemeindegemeinderat oder an einer anderen Leitungsstelle in unserer Kirche“. Wer sage, dass alle Fremden abzuschieben seien, weil es Fremde sind, der sei unbarmherzig und stehe gegen das Gebot Jesu.

Am Rande der Synode wurde zudem bekannt, dass die öffentliche Diskussion über eine Einführung der Wehrpflicht zu einem Anstieg an Beratungen zur Kriegsdienstverweigerung geführt hat. So habe Bischof Kramer als Friedensbeauftragter der EKM im Zeitraum von Januar bis Juni 2024 insgesamt 62 Personen zu Fragen der Kriegsdienstverweigerung und Gewissensreflexion beraten. Sollte es zur Wiedereinführung der Wehrpflicht kommen, sei mit einem weiteren Anstieg solcher Anfragen zu rechnen, hieß es. Mit den Kirchenkreisen der EKM sei daher das Gespräch zu suchen, wie die Beratung zur Kriegsdienstverweigerung als Handlungsfeld kirchlicher Arbeit wieder in den Regionen verankert werden könne, so eine Sprecherin des Landeskirchenamts. Die Landessynode tritt in der Regel zweimal im Jahr zusammen. *kna/epd*